



Zeitreise Widerstand gegen Konrad

Schacht Konrad in Bleckenstedt – das ist das erste und einzige genehmigte Atommüll-Endlager in Deutschland. Bereits in den 1970er-Jahren begann der Widerstand in der Region gegen die Einlagerung von strahlenden Abfällen in dem ehemaligen Eisenbergwerk – und er hält bis heute an.

CHRONIK

► **1933:** Entdeckung des Erzlagers bei Erdölbohrungen
 ► **1957 bis 1965:** Abteufung und Errichtung des Erzbergwerks Konrad
 ► **1965 bis 1976:** Eisenerzabbau unter hohem Kostendruck, Betrieb wird im Oktober 1976 eingestellt, Betriebsrat schlägt vor, Konrad zur Lagerung von Sondermüll zu nutzen
 ► **1976 bis 1982:** Untersuchung von Konrad auf Eignung als Endlager
 ► **1981:** erste Demonstration gegen das geplante Endlager mit 1500 Teilnehmern

► **1982:** Physikalisch-Technische Bundesanstalt stellt am 31. August Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens, „Schlacht am Schacht“ am 30. Oktober



Die „Schlacht am Schacht“.

Foto: Archiv

► **1987/88:** Bund kauft Schachtanlage für 84 Millionen Mark, Salzgitter wird Standort des neuen Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS)

► **1991:** Bundesumweltminister Töpfer erzwingt Auslegung der

Planunterlagen, 289 387 Einwendungen werden erhoben

► **1992/93:** Erörterung ab September, 14 Tage später mit 7000 Teilnehmern eine der größten Demonstrationen gegen Konrad

► **1998:** Große Erwartungen aus der Region an die neue rot-grüne Bundesregierung, Konrad wird im Koalitionsvertrag jedoch nicht einmal erwähnt

► **1999:** zwischen Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) und dem niedersächsischen Umweltminister Wolfgang Jüttner (SPD) entwickelt sich ein Schwarzer-Peter-Spiel über die Verantwortung für den Stopp des Projektes

► **14. Juni 2000:** Bundesregierung und Energiewirtschaft unterzeichnen einen Atomkonsens

► **Juni 2002:** Planfeststellungsbeschluss wird durch das niedersächsische Umweltministerium erteilt

► **8. März 2006:** nach nur dreitägiger Verhandlung weist das Oberverwaltungsgericht Lüneburg die Konrad-Klagen ab

► **3. April 2007:** Bundesverwaltungsgericht weist die Nichtzulassungsbeschwerde der Kläger zurück

► **30. Mai 2007:** Einrichtung von Konrad als Endlager soll beginnen

► **Februar 2008:** Das Bundesverfassungsgericht weist Klage der Stadt Salzgitter ab

► **26. Februar 2009:** unter dem Motto „Wir bringen Licht ins Dunkel“ bilden 15 000 Menschen eine Lichterkette gegen Atomkraft



Lichterkette im Februar 2009. Foto: Ruf

► **10. November 2009:** Bundesverfassungsgericht nimmt die Klage von Walter Traube nicht an

► **31. August bis 2. September 2009:** der Anti-Atom-Treck nach Berlin macht Halt in Salzgitter

► **7. Januar 2010:** Rat der Stadt Salzgitter wendet sich einstimmig gegen die Einlagerung von Asse-Müll in Schacht Konrad

► **25. April 2011:** mit rund 11 000 Menschen findet die seit Jahrzehnten größte Protestveranstaltung gegen Schacht Konrad statt

► **27. Mai 2011:** Bundesumweltminister Norbert Röttgen, Ministerpräsident David McAllister und Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel unterzeichnen eine Vereinbarung für die Errichtung eines 100 Millionen Euro schweren Konrad-Fonds

► **11. März 2012:** zum Fukushima-Jahrestag bilden 25 000 Menschen in der Region erneut eine Lichterkette

Quellen: Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, BfS, SZ-Archiv



Sverre war 5 Jahre alt, als er bei einer Demonstration des Anti-Atom-Trecks im August 2009 seine Fahne vor dem Rathaus schwenkte. Foto: Kugenbuch

289 387-mal Nein zum Endlager

In den 1970er-Jahren begann der Konrad-Widerstand

Von Ingo Kugenbuch

BLECKENSTEDT. Die Geschichte von Schacht Konrad beginnt mit einem Irrtum: Obwohl das Erz sich hier in 1200 Metern Tiefe versteckt, soll es unbedingt gefördert werden – weil das Bergwerk die nahe Hütte mit Stahl versorgen soll. Konrad Ende, damals Chef der Stahlwerke, gibt dem Schacht seinen Namen. 6,7 Millionen Tonnen Erz wurden von 1965 bis 1976 gewonnen. Nach gut zehn Jahren stellt man das Geschäft wegen Unrentabilität ein.

Um Arbeitsplätze zu retten, schlägt der Betriebsrat vor, Konrad zu einem Endlager umzurüsten. „Es gab damals den Plan, in Deutschland Hunderte Atomkraftwerke zu bauen“, erinnert sich Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. „1976 beschloss der Bund, Konrad für Abrisskomponenten aus stillgelegten AKW und schwach aktive Abfälle zu nutzen.“

„Von Beginn an gab es Auseinandersetzungen“, sagt Dickel. Der Arbeitskreis gegen Atomenergie gründet sich im Oktober 1976, das Umweltschutzforum Schacht Konrad im Mai 1980. „Wir waren 1981 und 1982 bei jeder Sitzung des Umweltausschusses dabei“, sagt Dickel (siehe Text unten auf dieser Seite).

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt als damals zuständige Fachbehörde stellt am 31. August 1982 den Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens. Schon am 30. Oktober kommt es bei der ersten Großdemonstration mit rund 10 000 Teilnehmern zu Ausschreitungen – der „Schlacht am Schacht“, wie die SZ schrieb.

Als Konsequenz der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl gründet sich im August 1987 in Vechelde die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. Mitglieder sind unter anderem die Stadt Braunschweig sowie die Landkreise Peine und Wolfenbüttel. Salzgitter ist als möglicher Verfahrensbeileger nicht dabei. Als die Pläne



Plakate von Demos aus Jahrzehnten des Widerstands. Foto: Kugenbuch

für das Endlager 1991 ausgelegt werden, gibt es dazu 289 387 Einwendungen. Sie werden mit einem Treckerkorso am 13. Juli nach Hannover gebracht und Umweltministerin Monika Griefahn übergeben.

Zum Erörterungstermin – laut Dickel mit 75 Tagen der längste in der deutschen Verwaltungsgeschichte – im September 1992 wird auf dem Festplatz ein Zelt errichtet. „Viele Einwendungen wurden vom Land als Genehmigungsbehörde ernsthaft geprüft“, sagt Dickel. „Aber wir hatten nicht die Illusion, durch Argumente etwas ändern zu können.“ Er hatte Recht: Am 3. Juni 2002 wird der Planfeststellungsbeschluss durch das niedersächsische Umweltministerium erteilt.

Die Stadt Salzgitter, die Gemeinden Lengede und Vechelde sowie Landwirt Walter Traube scheitern 2006 mit ihrer Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg. Salzgitter und Traube gehen den juristischen Weg weiter – doch auch das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht lassen sie abblitzen. Das Bundesumweltministerium beauftragt das Bundesamt für Strahlenschutz am 30. Mai 2007, die Einrichtung von Konrad als Endlager zu beginnen.

Zweimal – im Februar 2009 und im März 2012 – zeigen insgesamt 40 000 Menschen in der Region: Wir wollen keinen Atommüll. Der Widerstand lebt.

Die Eierwerfer blieben auf der Tribüne

Umweltausschuss der Stadt behandelte das Thema Schacht Konrad stets in öffentlicher Sitzung

Von Horst Körner

SALZGITTER. Die Schacht-Konrad-Diskussion war meine aufregendste Zeit als Vorsitzender des Umweltausschusses der Stadt, bei der mich Ratsherr Gerhard Pätzold unterstützte. Alles begann dramatisch 1976 mit der drohenden Schließung der Schachtanlage Konrad und der Fahrt des Betriebsrates nach Bonn.

Das Ergebnis davon war der Auftrag an das Institut für Tiefenlagerung in Clausthal-Zellerfeld der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), die Schachtanlage als mögliche Endlagerstätte für schwach radioaktives Material zu untersuchen. Die Grube gehörte damals noch der Salzgitter AG.

Von dieser Untersuchung unterrichtete Heinz Haferkamp, damals Direktor der Abteilung Forschung und Entwicklung der Salzgitter AG, den Verwaltungsausschuss der Stadt. 1977 begann die Arbeit des Umweltausschusses. Er besuchte die Schachtanlage. Haferkamp informierte. Seine damalige Meinung (SZ vom 13. August 1977): Es geht um eine volkswirtschaftliche Aufgabe. Man müsse eine Lagerstätte wie den Gifhorner Trog offenhalten, um jederzeit auf die Rohstoffe zurückgreifen zu können.



Horst Körner (Fünfter von rechts) mit Abgeordneten des Bundesumweltausschusses im Schacht Konrad. Foto: Privat

Mein Wunsch, von Anfang an den Umweltausschuss einzubinden, wurde akzeptiert, war aber später schwer durchzusetzen. Erst Mitte 1985 konnte der Ausschuss mit der Detailarbeit beginnen – unterstützt von Helmut Röthemeyer (PTB).

Alle Sitzungen zum Thema Schacht Konrad waren öffentlich – für die Konrad-Gegner ein Vorteil, denn am Schluss jeder Sitzung konnten sie Fragen stellen. Für mich war dies die heißeste Phase.

Die Sitzungen im Zimmer 68 des Rathauses waren gut besucht. Ausschussmitglieder und Besucher saßen auf Tuchfühlung. Ich erinnere

mich gerne: Alles verlief friedlich. Einmal war sogar ein Sprecher der Bürgerinitiativen eingeknickt und verschief die Fragestunde.

Gute Informationen gab es ab November 1984. Die Informationsstelle des Bundes ermöglichte Infofahrten. Von da an gab es Exkursionen zur Asse oder nach Karlsruhe, aber auch nach Grimsel in der Schweiz, nach Frankreich, Schweden und England.

Die Auseinandersetzung mit den Atomkraftgegnern wurde in der Öffentlichkeit härter. 1982 hatte der Umweltausschuss zu einer öffentlichen Sitzung im Ratssaal eingeladen, bei der es zu massiven Störungen kam. Ja, sogar Eierwerfer waren auf der Tribüne. Ich war Zielscheibe, aber auch der Oberstadtdirektor wurde getroffen. Trotz Aufforderung holte ich nicht die in Bereitschaft stehende Polizei und ließ die Tribüne nicht räumen. Ich zog die Sitzung im bekleckerten Anzug durch.

Wirklichen Ärger bereitete mir als Ausschussvorsitzenden die Verwaltung während der Anhörung zum Planfeststellungsverfahren: Der Einspruch der Stadt und damit der Bevölkerung wurde ohne Kenntnis des Umweltausschusses vorgetragen.

► Autor Horst Körner ist heute freier Mitarbeiter der SZ